

Reiner Marcowitz

Die Weimarer Republik 1929 – 1933



GESCHICHTE KOMPAKT

Reiner Marcowitz, geb. 1960, ist nach Lehrtätigkeit in Dresden seit 2007 Professor für deutsche und europäische Geschichte an der Universität Lothringen. Zudem ist er Kodirektor des Zentrums für deutsch-französische Studien an der Universität Lothringen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts sowie der deutsch-französischen Beziehungen. Außerdem beschäftigt er sich mit Fragen der europäischen Integration und der Amerikanisierung/Europäisierung/Globalisierung.

Herausgegeben von
Kai Brodersen, Martin Kintzinger,
Uwe Puschner, Volker Reinhardt

Herausgeber für den Bereich 19./20. Jahrhundert:
Uwe Puschner

Beratung für den Bereich 19./20. Jahrhundert:
Walter Demel, Merith Niehuss, Hagen Schulze

Reiner Marcowitz

Die Weimarer Republik 1929–1933

5., vollständig überarbeitete und
aktualisierte Auflage

Abbildungsnachweis:

akg-images: S. 32, 56, 111, 157, 166; **bpk Berlin:** S. 79, 91, 142

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

wbg Academic ist ein Imprint der wbg
5., bibliographisch aktualisierte Auflage 2018

© 2018 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt
1. Auflage 2004

Die Herausgabe dieses Werkes wurde durch
die Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.

Satz: Lichtsatz Michael Glaese GmbH, Hemsbach

Einbandgestaltung: schreiberVIS, Seeheim

Einbandbild: Propaganda im Vorfeld der Reichstagswahlen Anfang 1933. Foto: akg-images

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-26809-2

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-534-74399-5

eBook (epub): 978-3-534-74400-8

Inhaltsverzeichnis

Geschichte kompakt	7	
Einleitung	8	
 I. Deutschland und die Weltwirtschaftskrise 1929/30:		
Das Ende trügerischer Stabilität	11	
1. Der New Yorker Börsenkrach und seine Folgen für Deutschland	11	
2. Zyklische Wirtschaftskrise oder große Depression?	16	
3. Gesellschaft in der Krise.....	27	
a) Soziale Fragmentierung	27	
b) Politische Radikalisierung.....	34	
 II. Der Bruch der Großen Koalition im März 1930: Abschied vom Parlamentarismus? ...		53
1. Parteienkoalition oder „Kabinett der Persönlichkeiten“?	54	
2. Außenpolitischer Erfolg und innenpolitische Hypothek:		
Der Young-Plan 1929	59	
2. Der Streit über die Arbeitslosenversicherung und das Ende der		
Großen Koalition 1930	63	
 III. Die „Ära Brüning“ 1930–32: Präsidialkabinett als Weg aus der Krise?		72
1. Pläne für ein „Hindenburg-Kabinett“	73	
2. Brünings Innenpolitik 1930–32: Krisenbewältigung durch		
Krisenverschärfung?.....	79	
a) Vom Regierungsantritt bis zur Reichstagsauflösung im		
Juli 1930.....	79	
b) Tolerierung durch die SPD	83	
c) Brünings Deflationspolitik und ihre prozyklische Wirkung	83	
d) Die Deflationspolitik und ihre Kritiker.....	86	
3. Brünings Außenpolitik 1930–32: Primat der Reparationspolitik?	89	
a) Brünings außenpolitisches Programm	89	
b) Die deutsch-österreichische Zollunion	92	
c) Das Ende der Reparationen.....	94	
d) Die Forderung nach militärischer Gleichberechtigung.....	98	
4. Brünings Sturz im Mai 1932: „Hundert Meter vor dem Ziel“?.....	100	
a) Kampf mit verkehrten Fronten: Die Reichspräsidentenwahl		
im März 1932	100	
b) Das SA-Verbot	102	
c) Die Ostsiedlungsnotverordnung	103	
d) Brünings Entlassung	105	

IV. Der Aufstieg der NSDAP zur „Volkspartei“	109
1. Führerprinzip und Weltanschauung	110
2. Partei und Bewegung	117
3. Mitglieder und Wähler	119
4. Finanziars und Förderer	127
V. Die Präsidialregierung Papen 1932: Abgesang auf die Republik	131
1. „Kabinett der Barone“: Regierung gegen das Volk	132
3. Der „Preußenschlag“	136
4. Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 und ihre Folgen	140
5. „Neuer Staat“ und „Staatsnotstand“	145
VI. Das Präsidialkabinett Schleicher 1932/33: „Querfront“ gegen Hitler?	150
1. „Auf Bajonetten sitzend, regiert’s sich schlecht“: Das „Querfront“-Konzept	150
2. Verfassungsbruch zur Rettung der Verfassung?	159
3. 30. Januar 1933: Das „Kabinett der nationalen Konzentration“	163
4. „Machtergreifung“, „Machtübernahme“ oder „Machtübertragung“?	166
VII. Schlussbetrachtung	169
Auswahlbibliographie	174
Personen- und Sachregister	184

Geschichte kompakt

Das Interesse an Geschichte wächst in der Gesellschaft unserer Zeit. Historische Themen in Literatur, Ausstellungen und Filmen finden breiten Zuspruch. Immer mehr junge Menschen entschließen sich zu einem Studium der Geschichte und auch für Erfahrene bietet die Begegnung mit der Geschichte stets vielfältige, neue Anreize. Die Fülle dessen, was wir über die Vergangenheit wissen, wächst allerdings ebenfalls: Neue Entdeckungen kommen hinzu, veränderte Fragestellungen führen zu neuen Interpretationen bereits bekannter Sachverhalte. Geschichte wird heute nicht mehr nur als Ereignisfolge verstanden, Herrschaft und Politik stehen nicht mehr allein im Mittelpunkt, und die Konzentration auf eine Nationalgeschichte ist zugunsten offenerer, vergleichender Perspektiven überwunden.

Interessierte, Lehrende und Lernende fragen deshalb nach verlässlicher Information, die komplexe und komplizierte Inhalte konzentriert, übersichtlich konzipiert und gut lesbar darstellt. Die Bände der Reihe „Geschichte kompakt“ bieten solche Information. Sie stellen Ereignisse und Zusammenhänge der historischen Epochen der Antike, des Mittelalters, der Neuzeit und der Globalgeschichte verständlich und auf dem Kenntnisstand der heutigen Forschung vor. Hauptthemen des universitären Studiums wie der schulischen Oberstufen und zentrale Themenfelder der Wissenschaft zur deutschen und europäischen Geschichte werden in Einzelbänden erschlossen. Beigefügte Erläuterungen, Register sowie Literatur- und Quellenangaben zum Weiterlesen ergänzen den Text. Die Lektüre eines Bandes erlaubt, sich mit dem behandelten Gegenstand umfassend vertraut zu machen. „Geschichte kompakt“ ist daher ebenso für eine erste Begegnung mit dem Thema wie für eine Prüfungsvorbereitung geeignet, als Arbeitsgrundlage für Lehrende und Studierende ebenso wie als anregende Lektüre für historisch Interessierte.

Die Autorinnen und Autoren sind in Forschung und Lehre erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Jeder Band ist, trotz der allen gemeinsamen Absicht, ein abgeschlossenes, eigenständiges Werk. Die Reihe „Geschichte kompakt“ soll durch ihre Einzelbände insgesamt den heutigen Wissensstand zur deutschen und europäischen Geschichte repräsentieren. Sie ist in der thematischen Akzentuierung wie in der Anzahl der Bände nicht festgelegt und wird künftig um weitere Themen der aktuellen historischen Arbeit erweitert werden.

Kai Brodersen
Martin Kintzinger
Uwe Puschner
Volker Reinhardt

In der Geschichte,
wie auch sonst,
dürfen Ursachen nicht
postuliert werden,
man muss sie suchen.

(Marc Bloch)

Einleitung

Seit Jahrzehnten beschäftigt sich die Geschichtswissenschaft mit Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik. Insbesondere deren Endphase war „stets eine Determinante der historischen Forschung“ (Andreas Wirsching). Das erklärt sich nicht nur mit dem Wissen um die verhängnisvollen Folgen des Untergangs der ersten deutschen Demokratie – dem Aufkommen des Nationalsozialismus und der Geschichte des „Dritten Reiches“ –, sondern auch aus dem verständlichen Wunsch nach 1945 heraus, aus der Vergangenheit lernen zu wollen, um sicherzustellen, dass sich Vergleichbares nicht wiederholt. Ein solcher rein negativer Bezug auf das Menetekel Weimarer Republik legitimierte vor allem in der alten Bundesrepublik Deutschland die Weimar-Forschung, die in ihrer Intensität allenfalls noch durch die Beschäftigung mit dem „Dritten Reich“ übertroffen wurde.

Indes dürfte mittlerweile hinreichend erwiesen sein, dass nicht nur „Bonn“, sondern auch „Berlin“ nicht „Weimar“ ist, um ein bekanntes Diktum des Schweizer Publizisten Fritz René Allemann (1910–96) aus den 1950er-Jahren aufzugreifen: Die Bundesrepublik Deutschland erweist sich trotz ökonomischer und politischer Krisen bis heute als ein äußerst stabiles Gebilde. Dennoch hat die Erforschung der deutschen Geschichte der Jahre 1918/19 bis 1932/33 aus mehrerlei Gründen nichts von ihrer Relevanz eingebüßt: Erstens spiegelt sie eindrucksvoll die zeitlosen Gefährdungen liberaler Demokratien. Zweitens ist sie gerade in letzter Zeit zu Recht als eine „Krisenzeit der klassischen Moderne“ (Detlev Peukert) entdeckt worden, deren janusköpfigen Symptome – technischer Fortschritt und sozialstaatlicher Ausgleich, aber auch technokratische Sozialdisziplinierung und menschliche Entwurzelung – zum einen eine Brücke ins „Dritte Reich“ schlagen, deren Tragfähigkeit es weiter zu untersuchen gilt, und zum anderen auch unserer Gegenwart nicht gänzlich fremd sind. Drittens lässt sich am Beispiel der Weimarer Republik besonders gut die Verschränkung struktureller und personaler Faktoren im historischen Geschehen nachweisen.

Dies gilt gerade auch für die hier interessierenden Jahre zwischen dem Beginn der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929 und der Berufung Adolf Hitlers (1889–1945) zum Reichskanzler Ende Januar 1933: Die weltweite ökonomische Krise Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre führte in Deutschland zur umfassenden Staatskrise, deren Symptome die Delegitimierung des parlamentarischen Systems, ein damit einhergehendes Anwachsen extremistischer, fundamentaloppositioneller Kräfte von links und rechts sowie deren gewalttätiger Agitation und schließlich der schleichende Übergang von der Demokratie zur faktischen Präsidialdiktatur waren. Indes wäre es falsch, aus dem offensichtlichen Zusammenhang von wirtschaftlicher Verelendung und politischer Radikalisierung das zwangsläufige Scheitern der Weimarer Republik ab-

zuleiten. Vielmehr soll im Folgenden erörtert werden, inwieweit die unleugbaren strukturellen Belastungen der Republik von Weimar vor allem in ihrer Endphase von einzelnen sowie gesellschaftlichen Gruppen gezielt für ihre jeweiligen republikfeindlichen Zwecke ausgenutzt wurden und erst dadurch ihre verhängnisvollen Wirkungen zeigten.

Die Gliederung orientiert sich an strukturellen wie an chronologischen Aspekten des Themas. Das erste Kapitel behandelt die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf Deutschland seit dem Herbst 1929, weil sie als ein wesentlicher Katalysator, wenn nicht sogar als eine notwendige Voraussetzung für den Untergang der ersten deutschen Demokratie erscheinen. Analysiert werden einerseits Ausmaß und Entwicklung der ökonomischen Krise, die vor dem Hintergrund einer trügerischen wirtschaftlichen Erholung in den Jahren zuvor gesehen werden muss, andererseits die zeitgenössischen Konzepte zu ihrer Behebung. Ferner interessieren die psychosozialen Folgen der Massenarbeitslosigkeit und die hieraus resultierende verstärkte soziale Fragmentierung der deutschen Gesellschaft ebenso wie deren wachsende politische Desorientierung und Radikalisierung, durch die sich die Wirtschaftskrise in Deutschland zur umfassenden Staatskrise auswuchs.

Das zweite Kapitel schildert die Entwicklung der Großen Koalition Ende der 1920er-Jahre, der letzten demokratisch legitimierten Regierung der Weimarer Republik. Zunächst wird – in einem notwendigen zeitlichen Rückgriff – ihre Entstehung im Jahr 1928 untersucht, weil sich an ihr bereits jene strukturellen Divergenzen zwischen den beteiligten Parteien ablesen lassen, die später zum Bruch der Koalition führten. Es folgt eine Darstellung der Verhandlungen über den Young-Plan, der erstmals Höhe und Dauer der deutschen Reparationszahlungen festlegte. Dies bedeutete zwar einen großen Erfolg der deutschen Außenpolitik, erwies sich hingegen innenpolitisch als eine schwere Belastung, weil die lange Zahlungsdauer der nationalistischen Rechten einen neuen Anlass für ihre aufhetzende Agitation gegen die Weimarer Republik bot. Schließlich werden unmittelbarer Auslöser und tiefere Ursachen des Bruchs der Großen Koalition sowie dessen zeitgenössische und historische Bewertungen analysiert.

Im Mittelpunkt des dritten Kapitels steht die Regierungszeit des ersten Präsidialkanzlers, Heinrich Brüning (1885–1970): Als Erstes wird die Bedeutung seines Regierungsantritts für das politische System der Weimarer Republik untersucht. Dann werden jeweils Innen- und Außenpolitik der Jahre 1930 bis 1932 erörtert, wobei die Verzahnung beider Bereiche herausgearbeitet wird, insbesondere im Hinblick auf den Zusammenhang von strikter Deflationspolitik im Innern und forcierter Revision der Reparationsverpflichtungen nach außen. Dabei wird auch auf die bis heute andauernde Kontroverse über Brünings Politik eingegangen und – im Zusammenhang mit seinem Sturz im Mai 1932 – sein Anteil am Untergang der Weimarer Republik ausgelotet.

Das vierte Kapitel ist dem Aufstieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zur „Volkspartei“ gewidmet, der sich in der Regierungszeit Brünnings abzeichnete. Allerdings werden in diesem Kapitel auch die wesentlichen Strukturmerkmale des Nationalsozialismus – der Dualismus von Führerprinzip und Weltanschauung sowie die Ambivalenz von Partei und Bewegung – herausgearbeitet und lange strittige Aspekte des Themas – Zusammensetzung von Mitglieder- und Wählerschaft sowie die Frage der Finanzierung der Partei – untersucht, zu denen die Forschung gerade in den letzten Jahren wichtige neue Erkenntnisse geliefert hat.

Das fünfte Kapitel behandelt Entstehung und Entwicklung des Präsidialkabinetts Papen. Aufgrund seiner kürzeren Lebensdauer wird es zwar ungleich knapper abgehandelt als die vorherige Regierung Brüning. Dennoch liegt dieser Darstellung die Prämisse zugrunde, dass die Monate von Juni bis Dezember 1932 nicht nur einen einfachen chronologischen Appendix der vorangegangenen Jahre darstellen, sondern ihnen ein Eigenwert zukommt. Die Regierung Papen brach mit dem bisherigen politischen System, indem sie gezielt die Grundlagen des Weimarer Verfassungsstaates aushöhlte: Dazu gehörte sowohl der illegale „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932 – die Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung – als auch die Ausschreibung von Neuwahlen auf Reichsebene, die kurz darauf den radikalen Parteien von links – der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) – und vor allem von rechts – der NSDAP – endgültig die Möglichkeit zur Blockade des Reichstags eröffneten, sowie schließlich die Pläne für einen „Neuen Staat“, die auf einen offenen Verfassungsbruch hinausliefen.

Im Mittelpunkt des sechsten Kapitels steht das Präsidialkabinett Schleicher, das gleichfalls nicht als ein kurzes Intermezzo verstanden wird, dem zwangsläufig die nationalsozialistische Regierungsübernahme folgen musste, sondern gerade als eine retardierende Phase, die noch einmal Spielräume zur Abwendung dieser Entwicklung eröffnete: Dazu gehört zum einen das „Querfront“-Konzept des neuen Reichskanzlers, also der Versuch, eine Koalition vor allem der Gewerkschaftsflügel von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) bis hin zur NSDAP zu schmieden. Besondere Aufmerksamkeit haben in der Forschung der letzten Jahre zum anderen aber auch die Staatsnotstandspläne des Generals gefunden als einer letzten Möglichkeit zur Abwendung einer Kanzlerschaft Adolf Hitlers. Dass diese dann am 30. Januar 1933 dennoch zustande kam, erscheint folglich nicht als eine unvermeidliche Entwicklung, sondern als ein Ereignis, das noch einmal besonders deutlich jene unselige Verkettung struktureller und personaler Elemente in der Endphase der Weimarer Republik belegt, deren Nachweis im Mittelpunkt dieser Untersuchung steht und die in einer abschließenden Schlussbetrachtung noch einmal resümiert wird.

I. Deutschland und die Weltwirtschaftskrise 1929/30: Das Ende trügerischer Stabilität

Überblick

Im Zuge einer Überproduktionskrise kam es im Herbst 1929 in den USA zu einem Börsencrash. Wegen ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Verflechtung wurde hiervon auch Europa betroffen, insbesondere Deutschland, das seit Mitte der 1920er-Jahre gerade auch von amerikanischen Banken erhebliche Kreditleistungen erhalten hatte, die nun nicht mehr verlängert wurden. Die Folge hiervon war eine zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage vieler Deutscher, von denen auf dem Höhepunkt der Krise Anfang 1932 über 6 Millionen arbeits-

los waren. Die gerade erst geschaffene Arbeitslosenversicherung konnte dies nur unzureichend abfedern. Zudem argumentierte die herrschende wirtschaftswissenschaftliche Meinung, dass es sich wie schon in der Vergangenheit um eine zyklische Krise handelte, die allein durch die selbstheilenden Kräfte der Wirtschaft, nicht aber mittels staatsinterventionistischer Maßnahmen überwunden werden könnte. Derart entwickelte sich in Deutschland die Wirtschafts- zunehmend auch zu einer umfassenden Staatskrise.

Zeittafel

30.11.1923	Einberufung eines Internationalen Sachverständigenausschusses zur Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit unter Vorsitz des Amerikaners Charles G. Dawes
16.7.–16.8.1924	Londoner Konferenz nimmt Dawes-Plan an
29.8.1924	Annahme des Dawes-Plans im Reichstag
16.7.1927	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
24.10.1929	New Yorker Börsenkrach
Februar 1931	4,972 Millionen Arbeitslose
11.5.1931	Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt
13.7.1931	Beginn der Bankenkrise in Deutschland durch den Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank
Februar 1932	6,128 Millionen Arbeitslose in Deutschland

1. Der New Yorker Börsenkrach und seine Folgen für Deutschland

Am 24. Oktober 1929, einem Donnerstag, brachen an der New Yorker Börse die Aktienkurse ein. Am folgenden Tag – dem „Schwarzen Freitag“, wie

„Schwarzer Freitag“

er in Deutschland genannt wurde – setzte sich dieser bis dahin größte Crash der Börsengeschichte fort und hielt auch noch Anfang der folgenden Woche an. Seine Ursachen lagen in den übermäßigen Investitionen und Aktienkäufen der letzten Jahre, in denen die USA aufgrund ihrer konkurrenzlosen Situation auf dem Weltmarkt eine andauernde Phase der Hochkonjunktur erlebt hatten. Im Oktober 1929 stellte sich dann immer mehr heraus, dass das Angebot an Gütern deren Nachfrage bei weitem überstieg. Folge dieser Überproduktionskrise waren Kurseinbußen von Konzernen wie General Electric und von Investmentfirmen wie der Goldman Sachs Trading Company. Dies wiederum löste eine Panik unter den Aktionären aus, die durch ihre Aktienverkäufe schließlich den eigentlichen Crash provozierten. Dessen Folgen wurden noch durch den Umstand verschlimmert, dass viele Anleger ihre Wertpapiere auf Kredit gekauft hatten und diese nun nicht mehr zurückzahlen konnten.

Das New Yorker Geschehen führte auch überall auf dem europäischen Kontinent zu wirtschaftlichen Krisenerscheinungen; in Deutschland jedoch bewirkte es geradezu eine ökonomische und politische Katastrophe. Dabei hatte sich die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren zumindest vordergründig überraschend schnell von den Auswirkungen der Hyperinflation des Jahres 1923 erholt. Ausländische – insbesondere amerikanische – Kredite in Höhe von über 20 Milliarden Reichsmark, die seit Unterzeichnung des Dawes-Plans 1924 stetig ins Land geflossen waren, hatten die Investitionsbereitschaft der Unternehmer nachdrücklich angeregt.

Stichwort

Dawes-Plan

Im Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 musste sich Deutschland gegenüber den Siegermächten des Ersten Weltkrieges zur Zahlung von Reparationen verpflichten. Deren Höhe wurde zwei Jahre später erstmals auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt. In Deutschland empörte sowohl die Höhe der Summe – die auf die Zahlungsfähigkeit des Landes keinerlei Rücksicht nahm – als auch deren moralische Begründung – die alleinige Kriegsschuld des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten – und der ultimative Druck – bis hin zur Besetzung des Ruhrgebietes 1923 –, mit dem die Alliierten ihren Anspruch durchzusetzen versuchten. Daher war die Beendigung der Reparationszahlungen, zumindest aber deren deutliche Absenkung, eine zentrale Forderung der deutschen Außenpolitik in den zwanziger Jahren. Der Dawes-Plan vom August 1924, der nach dem amerikanischen Bankier Charles G. Dawes (1865–1951) – auf dessen Gutachten er zurückging – benannt wurde, bedeutete insofern einen Fortschritt in dieser Frage, als er erstmals jährliche deutsche Zahlungen in Höhe von 2,5 Milliarden Goldmark festlegte. Überdies wurden sie in voller Höhe erst ab dem fünften Jahr fällig. Schließlich wurde für den Transfer ein Reparationsagent, der Amerikaner Parker Gilbert (1892–1938), benannt, der in Berlin saß und über die Stabilität der deutschen Währung sowie generell die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wachte. Zur Sicherung der Zahlungen wurden Reichsbank und Reichsbahn als selbständige Organisationen

unter internationaler Kontrolle belastet. Überdies wurden die Einnahmen von Zöllen und Verbrauchssteuern verpfändet und der deutschen Industrie der Zinsendienst von Obligationen über fünf Milliarden Goldmark auferlegt. Schließlich erhielt das Reich als Starthilfe eine Auslandsanleihe von 800 Millionen Mark. Der Dawes-Plan stellte zum einen Deutschlands Kreditwürdigkeit wieder her, wodurch das Land in den kommenden vier Jahren weitere amerikanische Anleihen in Höhe von über 20 Milliarden Mark aufnehmen konnte. Zum anderen leitete er eine Entspannung des Verhältnisses Deutschlands zu den Siegermächten, insbesondere zu Frankreich ein, dessen Regierung die Räumung des 1923 besetzten Ruhrgebiets binnen eines Jahres zusagte.

Angesichts dieser günstigen ökonomischen und politischen Lage wurden in Deutschland seit Mitte der zwanziger Jahre technische Anlagen in Industrie und Landwirtschaft im größeren Umfang modernisiert und die Produktion erheblich gesteigert. Insbesondere die Städte und Gemeinden entfalteten seit 1924 eine fieberhafte Bautätigkeit und errichteten Straßen, kommunale Versorgungseinrichtungen, Schulen, Schwimmbäder und vor allem Wohnungen. Gleichzeitig wurde der private Konsum angekurbelt. Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht (1877–1970) warnte zwar wiederholt vor den schlimmen Folgen der wachsenden öffentlichen Verschuldung, die in keinem Verhältnis zu den geringen Gold- und Devisenreserven des Landes stehe. Doch er konnte sich gegenüber den verschiedenen Reichsregierungen und dem Parlament nicht durchsetzen, die selber dem parallelen Anstieg von Löhnen und Sozialleistungen zugestimmt hatten und vor unpopulären Sparmaßnahmen zurückschreckten. Zudem argumentierte Außenminister Gustav Stresemann (1878–1929) erfolgreich, dass durch das finanzielle Engagement ausländischer Gläubiger in Deutschland, Amerikaner und Westeuropäer am Schicksal des Reiches interessiert blieben und man daher auch auf ein wachsendes Entgegenkommen in der Frage einer Revision der drückenden Reparationslasten hoffen dürfe.

Verschuldung in
Deutschland

Doch nach dem „Schwarzen Freitag“ Ende Oktober 1929 erwies sich diese Politik als fatal, zumal die deutsche Wirtschaft bereits in den beiden Jahren zuvor erste Anzeichen einer Rezession gezeigt hatte und mit weit über einer Million Arbeitslose in die Weltwirtschaftskrise ging. Insbesondere auf dem Agrarsektor waren die Krisensymptome schon seit einiger Zeit unübersehbar gewesen: Auslöser der Misere waren weltweite Überproduktions- und Absatzprobleme vor allem der Getreideanbieter. Sie erklärten sich aus der Erschließung neuer Nutzflächen sowie einer Intensivierung von Anbau und Ertrag. Dies führte wiederum zu hohen Lagerbeständen und sinkenden Erlösen. Spektakuläre Symptome dieser Agrarkrise waren sowohl die systematische Vernichtung landwirtschaftlicher Erzeugnisse als auch eine dramatisch ansteigende Zahl von Zwangsenteignungen, weil die betroffenen Bauern aufgenommene Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten. Dies führte gleichzeitig zur

verstärkten Abwanderung bäuerlicher Wähler von den traditionell national-liberalen oder autoritär-konservativen Parteien Deutsche Volkspartei (DVP) und Deutschnationale Volkspartei (DNVP) zu regionalen Sondergruppen, zunehmend aber zur NSDAP. Zudem kam es zum offenen sozialen Massenprotest, der vielfach bereits mit völkisch-nationalistischen Argumenten sowie einer Fundamentalkritik am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen System von Weimar einherging und auch nicht vor Gewalt zurückschreckte.

Politische
Radikalisierung

Insofern erklärt sich die wachsende politische Radikalisierung in Deutschland Anfang der dreißiger Jahre wesentlich vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise: Dies zeigte sich nicht nur im Anstieg der Stimmen für die radikalen Parteien auf der Linken und der Rechten – KPD und NSDAP –, sondern auch an einem veränderten politischen Meinungsklima innerhalb der deutschen Gesellschaft: Angesichts der allgemeinen ökonomischen und politischen Verunsicherung entwickelte sich nun in größeren Bevölkerungsteilen ein Überdruß am bisherigen parlamentarisch-demokratischen System der Weimarer Republik, das sich anscheinend als unfähig zur Lösung der Probleme erwies. Selbst innerhalb des demokratischen Lagers ertönte nun der Ruf nach durchgreifenden Reformen der politischen Entscheidungsabläufe, und die radikalen Gegner von links bis rechts sahen jetzt ihre Chance, dem ihnen verhassten Weimarer „System“ endgültig den Garaus machen zu können. Was man bereits in den Jahren zuvor auf dem Agrarsektor und lokal bzw. regional begrenzt beobachten konnte – den Zusammenhang von sozialer Krise und politischer Radikalisierung –, wuchs sich daher im Laufe der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre zur umfassenden Staats- und Wirtschaftskrise in Deutschland aus.

Abzug ausländischer
Kredite

Nach dem „Schwarzen Freitag“ zogen die amerikanischen Banken ihre kurzfristigen Anleihen sukzessive ab, um selber liquide zu bleiben. Allein dies bereitete den deutschen Schuldner schon erhebliche Probleme, denn viele von ihnen – insbesondere die Kommunen – hatten die kurzfristig gewährten Anleihen langfristig angelegt, sodass sie lediglich mit Hilfe neuer Schuldenaufnahmen rückzahlbar waren. Zudem schwanden nun die ohnehin schon begrenzten Absatzmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft weiter, denn die materiellen wie die psychologischen Auswirkungen des Börsenkrachs dämpften die Auslandsnachfrage ebenso wie die Binnenkonjunktur. Gleichzeitig sollte Deutschland nun erstmals die vollen Raten des Dawes-Plans bezahlen. Selbst die im Zuge eines neuen Reparationszahlungsplans, des Young-Plans, 1929 beschlossenen geringeren finanziellen Verpflichtungen brachten faktisch keine Erleichterung: Die nominelle Entlastung um einige hundert Millionen Reichsmark wurde aufgezehrt durch die Einnahmeverluste in Folge der geringeren Exporterlöse.

Wollte das Deutsche Reich seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland – Zahlung von Reparationen und Rückzahlung bzw. Verzinsung

der Kredite – nachkommen, musste es endlich seinen Haushalt sanieren: Zwischen 1925 und 1930 waren die öffentlichen Ausgaben um etwa 50 Prozent gestiegen, die Steuereinnahmen hingegen nur um ungefähr 38 Prozent. Dementsprechend hatte sich die staatliche Verschuldung im selben Zeitraum auf über 21 Milliarden Reichsmark verdoppelt. Folglich strebte bereits die Große Koalition Ende der zwanziger Jahre eine Haushaltskonsolidierung an, scheiterte dabei allerdings an den widerstrebenden Interessen ihrer beiden Flügelparteien Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und Deutsche Volkspartei (DVP).

Erst das Kabinett Brüning konzentrierte sich in den Jahren 1930 bis 1932 ganz auf den Haushaltsausgleich und bediente sich hierzu auch drastischer Sparmaßnahmen. Ungeachtet der offensichtlichen sozialen Härten und der krisenverschärfenden Wirkung dieser Deflationspolitik berief sie sich darauf, keine andere Wahl zu haben: Haushaltsdefizite mussten nach dem Verbrauch der Reserven sofort zu Kassenproblemen führen, zumal Reichsanleihen weder im In- noch im Ausland zu erträglichen Bedingungen unterzubringen waren und auch eine Inanspruchnahme der Reichsbank wegen der internationalen Kontrollen nur in engen Grenzen möglich war. Überdies saß die Erfahrung der Inflation in den frühen zwanziger Jahren bei den maßgeblichen Politikern noch tief und ließ sie befürchten, dass jede Geld- oder Kreditschöpfung zugunsten des Staates zu erneuter Entwertung der Mark und zu unkalkulierbaren psychologischen und politischen Verwerfungen in der Bevölkerung führen werde. Allerdings waren nicht nur Sachzwänge die Ursache für Brünings Deflationspolitik, sondern sehr bald auch die Überzeugung des Reichskanzlers, den Siegermächten des Ersten Weltkriegs durch die wachsende Verelendung in Deutschland die Unmöglichkeit weiterer finanzieller Leistungen demonstrieren und damit eine endgültige Revision der Reparationsfrage erreichen zu können.

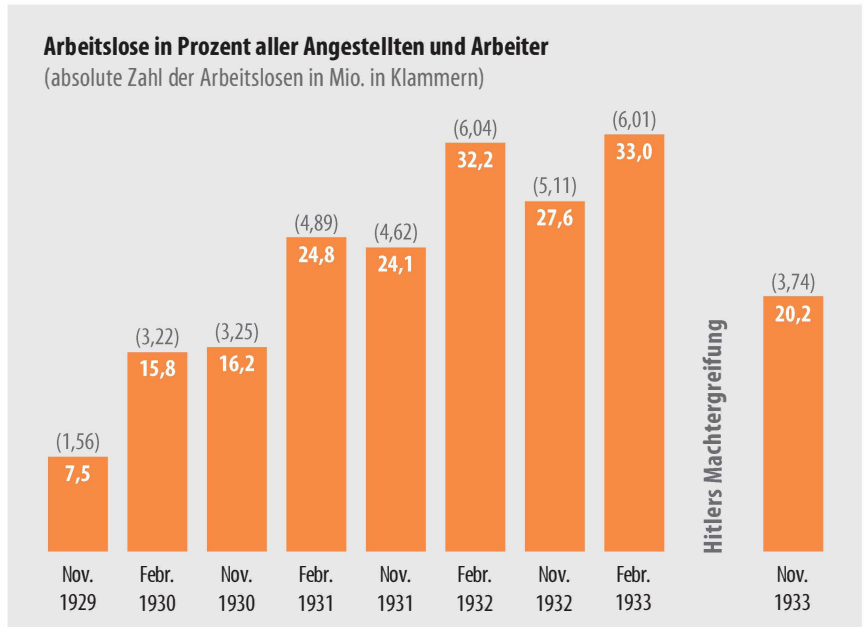
Brünings
Deflationspolitik

Die folgenden Regierungen unter den Reichskanzlern Franz von Papen (1879–1969) und Kurt von Schleicher (1882–1934) brachen schließlich 1932 als erste mit dem bisherigen strikten Sparkurs. Indes betrieben sie die Ankurbelung der Wirtschaft immer noch nicht derart, wie es angesichts der mittlerweile vereinbarten Beendigung der Reparationszahlungen möglich und im Sinne einer durchgreifenden Verbesserung der Wirtschaftslage nötig gewesen wäre. Zudem beschränkte sich insbesondere Papen auf eine rein indirekte Arbeitsbeschaffung durch Kredite und Prämien für die Privatwirtschaft mittels Steuergutscheinen. Diese Gutschriften auf bereits gezahlte Steuern konnten zu einem späteren Zeitpunkt mit neuen Steuerforderungen verrechnet, aber auch bereits vorher wie ein Wertpapier beliehen oder veräußert werden, sodass sie zur sofortigen Beschaffung von Bargeld für Investitionen geeignet waren und damit die Wirtschaft ankurbeln konnten. Erst die „Regierung der nationalen Konzentration“ mit Adolf Hitler an der Spitze praktizierte dann seit 1933 in

Arbeitsbeschaffungs-
maßnahmen

einem völlig anderen innen- und außenpolitischen Kontext Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im großen Stile. Die wirtschaftspolitische Unentschlossenheit der verschiedenen Regierungen in der Endphase der Weimarer Republik erklärt sich auch aus der Tatsache, dass die Weltwirtschaftskrise zunächst in ihren Auswirkungen allgemein unterschätzt wurde und sich selbst die führenden Wirtschaftswissenschaftler der Zeit in ihren Empfehlungen für eine adäquate Krisenstrategie uneins waren.

Abb. 1 Entwicklung der Arbeitslosenzahlen zwischen 1929 und 1933.



2. Zyklische Wirtschaftskrise oder große Depression?

Wirtschafts-
liberalismus

Die etablierte neoklassische Nationalökonomie in der Zeit der Weimarer Republik, die – bei allen Unterschieden im Detail – Wirtschaftswissenschaftler wie Alfred Amonn (1883–1962), Gustav Cassel (1866–1945), Friedrich August von Hayek (1899–1992), **Werner Sombart** und **Alfred Weber** repräsentierten, war vom Wirtschaftsliberalismus des 19. Jahrhunderts geprägt. Dementsprechend zeichnete sie ein schier unerschütterliches Vertrauen in die selbstregulierenden bzw. selbsteilenden Kräfte der Wirtschaft aus, zumal die ökonomische Konsolidierung der Weimarer Republik Mitte der 1920er-Jahre und der Wirtschaftsboom in den USA im gleichen Zeitraum ja anscheinend die Richtigkeit dieser Annahme belegte. Diese Erfahrung schien auch die Bedeutung der besonderen Belastungen der deutschen Wirtschaft durch die Kriegsniederlage und die Reparationen zu relativieren, auf die Einzelne – vor allem Politiker –

durchaus hinwiesen. Folglich lehnte die herrschende Meinung in den Wirtschaftswissenschaften staatliche Eingriffe in die Wirtschaft strikt ab und verneinte entschieden die Möglichkeit staatlicher Lenkungsmöglichkeiten des Marktgeschehens.

Stichwort

Werner Sombart

(1863–1941) studierte nach dem juristischen Staatsexamen noch Geschichte, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften in Berlin, Pisa und Rom. Zwischen 1890 und 1906 lehrte er Nationalökonomie in Breslau, dann von 1906 bis 1917 an der Handelshochschule Berlin und danach – als Nachfolger des Nationalökonomen Gustav Schmoller (1838–1917) – bis zu seiner Emeritierung 1931 an der Universität Berlin. Sombart veröffentlichte zahlreiche Werke, vorwiegend zu Themen der europäischen Wirtschaftsgeschichte sowie dem Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus, dessen bekanntestes seine dreibändige Studie „Der moderne Kapitalismus“ (2. Aufl. 1924–27) ist. Dabei entwickelte er sich vom „Kathedersozialisten“, der dem Marxismus nahestand und drastische Sozialreformen verlangte, zum Gegner marxischer Ansätze. Schließlich nahm er nach 1933 vorübergehend auch einen nationalsozialistischen Standpunkt ein. Trotz seiner teilweise abrupten und widersprüchlichen Positionswechsel genoss Sombart aufgrund seiner originellen Betonung ästhetischer Elemente und seines als brillant empfundenen Stils im In- und Ausland höchste Anerkennung.

Stichwort

Alfred Weber

(1868–1958), der jüngere Bruder von Max Weber (1864–1920), habilitierte sich 1899 in Berlin im Fach Nationalökonomie und bekleidete seit 1904 eine entsprechende Professur in Prag sowie von 1907 bis 1933 in Heidelberg. Wissenschaftlich beschäftigte er sich mit der Entwicklung industrieller Standorte in Deutschland, seit dem Kriegsende und den damit einhergehenden politischen sowie gesellschaftlichen Umwälzungen dann stark mit Krisenphänomenen und der Frage der Neugestaltung Europas, wobei kultursoziologische Aspekte dominierten. Überdies war er 1918 einer der Mitbegründer der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und bekannte sich auch in der Folgezeit zur neugewonnenen Demokratie in Deutschland. Seine Emeritierung 1933 beschützte den bürgerlich-liberalen Vernunftrepublikaner vor Übergriffen seitens der neuen nationalsozialistischen Machthaber.

Die Ende der 1920er-Jahre einsetzende Weltwirtschaftskrise bzw. die sich bereits einige Jahre zuvor abzeichnenden wirtschaftlichen Krisensymptome in Deutschland ordnete eine Mehrheit der Nationalökonomen– und mit ihnen zahlreiche Zeitgenossen, einschließlich der meisten Politiker, – in die damals geläufigen Zyklen-theorien ein, welche die konjunkturellen Bewegungen der Wirt-

Zyklen-theorien

schaft mit Wellen verschiedener Länge zu erklären versuchten und gerade in den zwanziger Jahren Thema einer Vielzahl empirischer Untersuchungen waren: Da gab es die „langen“ Wellen des „Kondratieff-Zyklus“, der 48 bis 60 Jahre umfasste; es gab „mittlere“ Wellen, die so genannten „Juglars“, mit einer angenommenen Länge von 8 bis 10 Jahren oder die fast zeitgleichen „Normalzyklen“ von 7 bis 11 Jahren; schließlich existierte auch noch das Modell der „Kitchins“, kurzer Wellen von etwa 40 Monaten. Dabei wurden die Ursachen etwaiger Wirtschaftskrisen durchaus unterschiedlich erklärt: Überinvestitions- und Überproduktionsansätze waren ebenso geläufig wie Überspar- und Unterkonsumtionstheorien oder der Hinweis auf monetäre und psychologische Probleme.

Entscheidend war, dass die herrschende Meinung in der deutschen, aber auch der internationalen Nationalökonomie davon ausging, dass einem konjunkturellen Aufschwung notwendig ein Abschwung folgen müsse, aus dem sich aber auf ebenso natürliche Weise auch wieder ein Aufschwung ergeben würde: In der Marktwirtschaft, so der Glaubenssatz, drückten die Arbeitslosen in der Krise auf die Löhne; bei niedrigeren Löhnen aber würden die Unternehmer wiederum erneut Leute einstellen. Damit verschwände sowohl die Arbeitslosigkeit als auch der damit einhergehende Rückgang der Massenkaufkraft. Es käme zu einem neuen Wirtschaftsaufschwung. Insofern seien „Reinigungskrisen“, in denen die Selbstheilungskräfte des Marktes zum Tragen kämen, geradezu notwendig, um Überkapazitäten abzubauen, überhöhte Preise und Zinssätze zu mindern sowie eine überzogene Lohnentwicklung zu regulieren. Staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess hingegen muteten unnötig, ja schädlich und letztlich ursächlich für Krisen an.

Die traditionellen Ökonomen und die ihnen folgende Mehrzahl der handelnden Politiker der Zeit fühlten sich in diesen Annahmen durch den Verlauf der Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre geradezu bestätigt. Tatsächlich schien sich der aktuelle Abschwung zunächst nicht wesentlich von dem bisher Bekannten zu unterscheiden, ja er mutete sogar weniger dramatisch an als die vorherigen Konjunktüreintritte der zwanziger Jahre: Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hatte es bereits eine erste „weltwirtschaftliche Krise“ gegeben – 1920/21 –, die vor allem Westeuropa, die USA und Japan betroffen hatte – Deutschland blieb wegen der Inflation verschont – und zunächst ungleich stärker in die Tiefe gezogen hatte als jene von 1929/30. Zudem war der damalige Absturz bereits nach einem halben Jahr beendet, und auf der Basis der durch die Krise bereinigten Situation entwickelte sich ein neuer Aufschwung. 1925/26 erlebte dann auch Deutschland einen fast gleichzeitigen Einbruch von Investitions- und Verbrauchsgüterindustrieproduktion binnen acht Monaten um fast ein Drittel. Doch hiervon erholte sich die Wirtschaft ebenfalls rasch und erlebte danach einen umso lebhafteren Aufschwung. Diese Erfahrungen schienen sich zunächst auch in der Weltwirtschaftskrise zu bestätigen, denn nach dem ersten Konjunktüreintritt gewann die deutsche